

Zum SPD-Vorwurf: „Ungerechte Sozialpolitik“

Lügen haben kurze Beine

In diesen Tagen starten SPD und Arbeiterwohlfahrt eine Faltblattaktion gegen die angeblich „Ungerechte Sozialpolitik“ der Bundesregierung. Als „Beweis“ wird ein Gemisch aus Verdrehungen, Verkürzungen, Unterstellungen und Unwahrheiten angeführt.

Der Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Wolfgang Vogt, hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Hermann Buschfort, darauf hingewiesen, daß es auch zur Wohlfahrt der Arbeiter gehört, wenn ihre Arbeitsleistung nicht durch übermäßige Beitragsbelastung abgewürgt wird. Es gehört auch zur Wohlfahrt der Arbeiter, wenn der heutige Sozialverbrauch nicht auf Pump finanziert und damit praktisch auf die nächste Generation abgewälzt wird.

Weiter wird in diesem Schreiben darauf hingewiesen, daß SPD-geführte Regierungen massive Kürzungen im Sozialbereich vorgenommen haben. So wurden von 1975 bis 1981 mit insgesamt 12 Gesetzen die Sozialleistungen um mindestens 94 Mrd. DM beschnitten und die Beiträge der Arbeitnehmer um rund 38 Mrd. Mark erhöht. Von Protestaktionen der Arbeiterwohlfahrt dagegen ist nichts bekannt.

Nachfolgend sind beispielhafte Verdrehungen und Verkürzungen des Faltblattes der Arbeiterwohlfahrt und die tatsächlichen Sachverhalte aufgeführt.

AWO-Behauptungen kontra Fakten

Renten

AWO-Behauptung:

Rentenerhöhungen wurden verschoben. Der Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung stieg auf 3 Prozent.

Die Fakten:

■ Das Urheberrecht für Rentenverschiebungen gebührt der SPD. Die am 1. Juli 1978 fällige Rentenanpassung wurde auf den 1. Januar 1979 verschoben. Außerdem wurden die Rentenanpassungssätze 1979, 1980 und 1981 um insgesamt 12,5 Prozentpunkte gekürzt und entgegen der Rentenformel auf 4,5%, 4,0% und 4,0% festgesetzt.

■ Die Voraussetzungen für eine Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung wurde bereits im 21. Rentenanpassungsgesetz vom 25. Juli 1978 (BGBl. I S. 1089) festgesetzt. Die Einführung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner zum 1. Januar 1983

stand schon im Referentenentwurf eines 6. Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes vom 15. Juli 1982 der damaligen SPD-Regierung.

Jugend

AWO-Behauptung:

Das Schüler-BaföG wurde gestrichen, die Studentenförderung auf Vollدارlehen umgestellt.

Die Fakten:

Die pauschale Aussage, das Schüler-BaföG sei gestrichen worden, ist eine Fehlinformation. Schüler von Abendhauptschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs sowie Schüler von Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, erhalten weiterhin Ausbildungsförderung, und zwar unabhängig davon, ob sie bei ihren Eltern wohnen oder auswärts untergebracht sind. Die übrigen Schüler von weiterführenden Schulen erhalten dann Ausbildungsförderung, wenn sie außerhalb des Elternhauses wohnen und von der Wohnung der Eltern aus eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte nicht erreichen können.

Durch die Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen wurden die Geförderten stärker an der Finanzierung ihrer besonders qualifizierenden Ausbildung beteiligt und dadurch zugleich zur verantwortlichen Inanspruchnahme der Förderungsmittel angehalten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die BaföG-Darlehen für Studenten zunächst einmal auch aus den Steuern der Arbeiter finanziert werden müssen.

Familie

AWO-Behauptung:

Es wurden Kürzungen beim Kindergeld vorgenommen und die unsozialen Kinderfreibeträge wieder eingeführt. Der Koalition ist entgegen ihren Beteuerungen die Familie nichts wert.

Die Fakten:

Zunächst hat eine SPD-Regierung das Kindergeld gekürzt, und zwar vom 1. Januar 1982 an um 20 DM monatlich für alle zweiten und dritten Kinder. Die jetzige Regierungskoalition hat dagegen mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 das Kindergeld aus sozialen Gründen nur für Besserverdienende gekürzt.

Verschwiegen wird, daß das von der Bundesregierung beschlossene Familienpaket mit über 8 Mrd. DM die massivste Verbesserung der Situation der Familien seit Bestehen der Bundesrepublik bringt.

Schließlich ist daran zu erinnern, daß die SPD-Regierung für arbeitslose Jugendliche über 18 Jahre das Kindergeld gestrichen hatte. Ab 1. Januar 1985 wird es wieder Kindergeld für arbeitslose Jugendliche bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres geben. Ebenfalls von der vorherigen Regierung war mit Wirkung vom 1. Januar 1982 der Anspruch arbeitsloser Jugendlicher bis zum 21. Lebensjahr auf beitragsfreie Familienkrankenhilfe abgeschafft worden. Seit Oktober 1984 besteht dieser Anspruch wieder.

Sozialhilfe

AWO-Behauptung:

Die Bundesregierung ist verantwortlich für den enormen Anstieg der Sozialhilfeaufwendungen.

Die Fakten:

Die „Explosion“ der Sozialhilfe fällt in die Zeit der SPD-geführten Bundesregierungen, wie diese Tabelle zeigt:

Sozialhilfeausgaben

	Mio. DM	Steigerung
1969	2859	+ 7,0%
1970	3335	+ 16,6%
1971	4017	+ 20,4%
1972	4817	+ 19,9%
1973	5656	+ 17,4%
1974	7136	+ 26,2%
1975	8405	+ 17,8%
1976	9597	+ 14,2%
1977	10452	+ 8,9%
1978	11349	+ 8,6%
1979	12129	+ 6,9%
1980	13226	+ 9,4%
1981	14783	+ 11,4%
1982	16329	+ 10,5%
1983	17569	+ 7,6%

Zwischen 1969 und 1982 stiegen demnach die Sozialhilfeausgaben um rund 470%, die Zahl der Empfänger nahm um rund 57 Prozent zu.

Gesundheit

AWO-Behauptung:

Die neue Regierung hat die Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten eingeführt.

Die Fakten:

Die Selbstbeteiligung ist schon von der SPD-Regierung eingeführt worden. Ab 1. Juli 1977 wurde eine Verordnungsblattgebühr von 1,— DM erhoben. Ab 1. Januar 1982 wurde für Arznei- und Verbandmittel 1,50 DM und für Heilmittel und Brillen 4,— DM Selbstbeteiligung erhoben. Nach dem Beschluß der SPD-geführten Bundesregierung vom 1. Juli 1982 sollte die Selbstbeteiligung noch erweitert werden:

- Erhöhung der Rezeptblattgebühr von 1,50 DM auf 2,— DM je verordnetes Arzneimittel.
- Zu den Kosten einer Kur sollte der Versicherte eine Zuzahlung von 10,— DM pro Tag leisten.
- Bei einem Krankenhausaufenthalt sollten 5,— DM pro Tag zu den Kosten der Krankenhauspflge zugezahlt werden.
- Bestimmte Arzneimittel, die üblicherweise bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verordnet werden, sollten nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden.

Vorreiter der Selbstbeteiligung, das ist aktenkundig, war also nicht die neue Bundesregierung.

Steuer und Abgaben

AWO-Behauptung:

Durch Steuer- und Abgabenbelastungen sind unter der neuen Regierung die Masseneinkommen um ca. 176 Mrd. DM geschrumpft.

Die Fakten:

Während der Zeit, in der die SPD die Regierungsverantwortung trug, ist die Durchschnittsbelastung der Arbeitnehmereinkommen an Steuern und Sozialabgaben von 20,9% im Jahre 1969 auf 30,6% im Jahre 1982 angestiegen, also um 51,2%.

Wäre die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben seit 1969 nicht erhöht worden, so wäre das Durchschnittseinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers 1982 nur mit 6832 DM statt tatsächlich mit 10028 DM belastet gewesen. Die Belastungssteigerung durch die SPD-geführte Regierung betrug also 3 196 DM.

Von 1982 bis 1984 hat sich die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote nicht erhöht. Sie ist sogar von 42,5% auf 42,4% leicht gesunken. Die Belastung der Bruttolohn- und Gehaltssummen hat sich um 2 Prozentpunkte erhöht. Diese Belastungszunahme wird jedoch mit der Steuerreform weitgehend zurückgegeben.